

## **Tagungsbericht:**

### **„65 Jahre Bundesvertriebenengesetz im Kontext europäischer Verständigung“ (Berlin, 26.11.2018)**

Am 26. November 2018 fand die wissenschaftliche Tagung „65 Jahre Bundesvertriebenengesetz im Kontext europäischer Verständigung“ statt. Die Veranstaltung wurde von der Deutschen Gesellschaft e.V. in Kooperation mit dem BdV – Bund der Vertriebenen organisiert und durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert. Die Tagung wurde in den Räumlichkeiten der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund veranstaltet.

Am 22. Mai 1953 wurde das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) im Bundesgesetzblatt verkündet. Es regelte die Verteilung, Rechte und Vergünstigungen von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und anderen Vertreibungsgebieten sowie von Flüchtlingen aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik Deutschland. 2018 ist das 65. Jubiläum des BVFG. Es hat die erfolgreiche Integration von Millionen Vertriebenen in der jungen Bundesrepublik in die Wege geleitet. Mit der Tagung wurden der Erfolg des Gesetzes gewürdigt und die mögliche Modellhaftigkeit in der Bewältigung anderer Vertreibungsprozesse aufgezeigt. Außerdem wurde diskutiert, wie das Gesetz zur europäischen Verständigung und zur Verständigung mit der Mehrheitsgesellschaft beigetragen hat. In vier Themenblöcken mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurde das Bundesvertriebenengesetz betrachtet und von den ReferentInnen, den Podiumsgästen und dem Publikum diskutiert.

Zu Beginn begrüßten **Frank Smeddinck**, Dienststellenleiter bei der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, **Hartmut Koschyk**, parlamentarischer Staatssekretär a. D. und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. und **Prof. Dr. Bernd Fabritius**, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen, die anwesenden Gäste.

Koschyk sprach von einer historischen Wegmarke der Bundesrepublik Deutschland, die sicherstellte, dass vierzehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene erfolgreich integriert werden konnten. Das Gesetz wirke bis heute in vielfältigen Dimensionen; Koschyk bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 des BVFG, der die Kultur- und Wissenschaftsförderung regelt und Schwerpunkt einer der Themenblöcke der Tagung war.



*Prof. Dr. Bernd Fabritius begrüßt die Tagungsgäste.*

Prof. Dr. Bernd Fabritius begann seine Begrüßung und anschließende Ansprache mit dem Satz „65 Jahre Bundesvertriebenengesetz: Das sind 65 Jahre Solidarität mit den Menschen deutscher Volkszugehörigkeit, die ganz besonders unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden hatten.“ Das BVFG sei eine außerordentliche Leistung der damals jungen Bundesrepublik, da die wirtschaftliche Situation nach dem Ende des Krieges alles andere als ideal gewesen sei. Das Land sei jedoch seiner moralischen Verpflichtung gefolgt und hätte sich dahingehend tief zu seiner Verantwortung und Solidarität bekannt. Das Gesetz hätte einen wesentlichen Beitrag zur Kriegsbewältigung und Friedenskonsolidierung geleistet. „Das Tor bleibt weiterhin offen“, bekräftigte Fabritius seine Ausführungen zu dem besonderen Status der Aussiedler mit den Worten des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt. Bei den

Aussiedlern handele es sich um Deutsche, die in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren würden. Deshalb müsse man Aussiedler und Spätaussiedler von anderen Migrationsströmen abgrenzen.

Während des ersten Themenblocks wurde unter der Überschrift „Der Umgang mit den Vertriebenen in der frühen Bundesrepublik“ diskutiert. **Prof. Dr. Manfred Kittel**, Gründungsdirektor der Stiftung „Flucht, Vertreibung Versöhnung“, ordnete das Bundesvertriebenengesetz in den historischen Kontext ein und unterstrich die Bedeutung des Lastenausgleichsgesetzes, das nach seiner Auffassung den wichtigsten Platz unter den Vertriebenengesetzen einnehme. Das BVFG könne nur von ideeller Seite als „Magna Charta“ der Vertriebenen betitelt werden, da dadurch der vererbliche Vertriebenenstatus und der Kulturparagraph 96 eingeführt worden wäre.

Laut Kittel gebe es vier fundamentale vertriebenenpolitische Weichenstellungen, die das Problem der Vertriebenenintegration beheben sollten. Die zerstreute Ansiedlung umfasse die bekannte Strategie der Siegermächte, die Vertriebenen möglichst effizient in die übrige deutsche Gesellschaft einzuschmelzen. So hätte man gezielt nicht nur Ortsgemeinschaften, sondern auch oft Familien auseinandergerissen. Dies hätte vor allem für die Identitätswahrung der Vertriebenen enorme Nachteile und Folgen bedeutet, unter anderem in der Bewahrung der ostdeutschen Dialekte, die heute faktisch ausgestorben seien. Das Koalitionsverbot gegen politische Vereinigungen der Heimatvertriebenen und die Entscheidung des Parlamentarischen Rates gegen einen Antrag von CDU und CSU, bei den ersten Bundestagswahlen 1949 sogenannte Flüchtlingswahlkreise zu bilden, seien weitere zwei Legislativmaßnahmen, die das Integrationsproblem beheben sollten. Damit hätte die Minderheit aus dem ehemals deutschen Osten von Anfang an dauerhaft weniger Abgeordnete in den westdeutschen Parlamenten gestellt, obwohl sie sechzehn Prozent der Gesamtbevölkerung umfasst hätte.

Als vierte Weichenstellung könne der parteipolitische Konsens betrachtet werden, die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im ehemals deutschen Osten und anderen Vertreibungsgebieten nicht als endgültig zu betrachten. Laut Kittel sei der danach folgende Integrationsprozess lange mit potentieller Handbremse geführt worden.



*Von links: Prof. Dr. Bernard Fabritius, Moritz Gathmann, Prof. Dr. Gerald Volkmer, Prof. Dr. Manfred Kittel*

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion tauschte sich **Prof. Dr. Kittel** mit **Prof. Dr. Bernard Fabritius** und **Prof. Dr. Gerald Volkmer**, Jurist und Historiker, stellvertretender Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa unter der Moderation von Journalist **Moritz Gathmann**, aus. Volkmer pflichtete der Aussage Kittels aus dem Impulsvortrag bei, der Integrationsprozess sei mit einer Handbremse geführt worden. Es hätte während der Anfänge des BVFG zwei Ziele gegeben: die Integration und den Bezug zu den Herkunftsgebieten, unter anderem die Frage nach Anspruch auf das Eigentum in den Herkunftsgebieten. Nach damaligen Umfragen zu der Frage, wer für den Eigentumsanspruch in den Herkunftsgebieten aufkommen sollte, hätten zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung die Vertreiberstaaten genannt und nur ein Viertel hätte die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Fabritius bestätigte die These Kittels, dass die Beibehaltung der kulturellen Identität sehr schwierig gewesen sei; die meisten Vertriebenen hätten sich nicht bloß eingegliedert, sondern vollständig assimiliert.

Zur Frage der Modellhaftigkeit für andere Vertreibungsprozesse äußerte sich Kittel ambivalent am Beispiel von Finnland: das Land hätte nicht unter Besatzungsmächten

gelitten und sei „Herr im eigenen Haus“ gewesen. Der parlamentarische Präsident hätte am Anfang der fünfziger Jahre sogar gesagt „Alle Finnen seien Ostkarelier gewesen“, womit er eine grundsätzliche Solidarität mit der Minderheit der Karelier dargestellt hätte. Kittel bezog sich auf seine Thesen aus dem Impulsvortrag, dass vor allem der Verlust der ostdeutschen Dialekte und die fehlende Repräsentation im Bundestag besonders gravierend auf das Wegbrechen der kulturellen Identität gewirkt hätten. Zum Thema der zerstreuten Ansiedlung vertrat Volkmer den Standpunkt, dass diese Maßnahme einer „Ghettobildung“ entgegenwirken und ein pauschales Stigma vermeiden sollten.

Laut Fabritius hätte eine mögliche Ghettobildung die Vertriebenen nicht interessiert; entscheidend wäre das Nachbarschaftswachstum, weshalb sie als Gesamtgesellschaft übersiedelt werden wollten. Anhand des Beispiels der Russlanddeutschen beschrieb er, wie den Aussiedlern ihre Identitätszugehörigkeit abgesprochen und ihnen ihre emotionale Heimat in ihrem Herkunftsland streitig gemacht worden seien. Daraus schloss Fabritius, dass Vertriebene auch heute der Instrumentalisierung zu populistischen Zwecken zum Opfer fallen würden und ihnen oft vermittelt werden würde, sie wären nicht vollkommen willkommen in Deutschland. Volkmer sprach von einem „doppelten Schicksal“ der Russlanddeutschen: sie hätten einerseits unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten, da sich die Meisten bereits 1941 in Russland befunden und dadurch große Teile ihren Bezug zur deutschen Sprache verloren hätten; andererseits wären sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland mit einer enormen Benachteiligung bei der Kulturaneignung konfrontiert worden. Aussiedlerbeauftragter Fabritius resümierte die Diskussion mit der Aussage, dass es keinen Anlass für das Auslaufen des BVFG gebe, da das Aufnahmewesen mit 8 000 russlanddeutschen Zuzügen pro Jahr einwandfrei funktionieren würde. Das Gesetz würde auch in Zukunft seinen Sinn unter Beweis stellen und die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland werde mit dem Gesetz gute Früchte tragen.

Der zweite Themenblock trug die Überschrift „Vertriebenenpolitik im Wandel: Auf dem Weg zur europäischen Verständigung“ und ging mit einem Impulsvortrag von **Stephan Mayer MdB**, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, voraus. Darin lobte er das BVFG als Ausdruck der Solidarität und Verantwortung gegenüber den Heimatvertriebenen, das nicht nur die Integration, sondern vor allem die Heimkehr der Vertriebenen regeln würde. Zwischen 1950 und 1988 seien 1,3 Millionen Aussiedler nach Deutschland aus Südosteuropa und Mittelosteuropa geflohen; nach den

Reformbestrebungen Michail Gorbatschows zwischen 1986 und 1990 seien die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes bereit gewesen, die Aussiedler ausreisen zu lassen. Mayer bezeichnete die Aussiedler als „die Heimatvertriebenen, die Brückenbauer in Europa.“ Vor allem der Kulturparagraph 96 sei besonders wichtig, da die Vertriebenen zur deutschen geschichtlichen nationalen Identität dazugehören würden und die Erinnerungskultur dementsprechend gefördert werden müsse.



*Parl. Staatssekretär Stephan Mayer MdB bei seinem Impulsvortrag*

Im anschließenden Podiumsgespräch teilten **Hartmut Koschyk**, **Bernard Gaida**, Vorsitzender des VDG – Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM), und **Jaroslav Ostrčilík**, Projektmanager von „Meeting Brno“ und Träger des Dehio-Preises, ihre Ansichten zum Bundesvertriebenengesetz. Auf die Frage, ob die deutschen Minderheiten in Polen als Brückenbauer fungieren würden, entgegnete Gaida, dass dieser Umstand von mehreren Faktoren abhängig sei. Die Deutschen in den polnischen Ortschaften hätten sich zuallererst friedlich mit den Nachbarn verständigen und dann ihre Lebensgrundlagen sichern wollen; sie wären zwar sprachlich ausgegrenzt gewesen, es hätte jedoch keine Feindschaften mit den Nachbarn gegeben. Die gegenwärtige Politik



hätte sich in den letzten Jahren stark verändert und es wären viele Prozesse gebremst worden. Die Umfragen der letzten 30 Jahre hätten stets auf eine allgemein positive Einstellung der polnischen Bevölkerung gegenüber der deutschen Minderheit schließen lassen; jetzt würde sich ein Rückgang in den Umfragen verzeichnen. Die Situation der deutschen Minderheiten in Tschechien sei laut Ostrčilík weitaus weniger positiv. Die Menschen wären dort als irrelevant oder sogar als „national unzuverlässig“ angesehen worden, was bedeute, dass die Kinder nicht studieren dürften und den Minderheiten nur einfache Arbeitsplätze zur Verfügung gestanden hätten. Dadurch wäre die Muttersprache nicht an die folgenden Generationen weitergegeben worden und die Menschen hätten sich im Gegensatz vollständig assimiliert. Stephan Mayer lobte die Initiative Ostrčilíks „Marsch der Lebenden“ in Brno, die ein zivilgesellschaftliches Signal sende; der Staat könne einen Rahmen für die Verständigung und Begegnung schaffen, es liege jedoch an der Bevölkerung, diesen Rahmen erfolgreich auszufüllen.



*Von links: Bernard Gaida, Hartmut Koschyk, Moritz Gathmann, Stephan Mayer MdB, Jaroslav Ostrčilík*

Um „Die kulturelle Dimension des Bundesvertriebenengesetzes“ ging es im vorletzten Themenblock des Tages, dessen Impulsvortrag im Namen von **Reinfried Vogler**, Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, von **Dr. Ernst Gierlich**,

Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, gehalten wurde. Die Aufgabenstellung des Kulturparagraphen 96 seien die Erhaltung, Pflege und Weiterentwicklung des ostdeutschen Kulturerbes in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus. Diese Aufgabe sei seit Jahrzehnten unumstritten, was von ihrer großen Bedeutung für alle politischen Akteure und der Flexibilität für die Umsetzung der Zielsetzungen zeuge. Die Anstrengungen im Rahmen des § 96 seien Teil des sogenannten Wirtschaftswunders, das die Eingliederung der rund vierzehn Millionen deutschen Vertriebenen in ein verarmtes Deutschland ermöglicht, sozialen Frieden gebracht und den Vertriebenen über ihre Kultur die Erhaltung ihrer Identität bewerkstelligt hätte. Damit hätten die Vertriebenen in der Rolle der Brückenbauer geholfen, die Grenzen zu öffnen und auch nach Osten Entspannung und Ausgleichschancen bereitzustellen.



*Dr. Ernst Gierlich bei seinem Impulsvortrag*

Der Thematik der kulturellen Dimension des BVFG widmeten sich neben **Dr. Gierlich** **Maria Bering**, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und Leiterin der Gruppe K4 „Geschichte und Erinnerung“, **Dr. Gundula Bavendamm**, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und **Dr. Harald Roth**, Direktor des Deutschen Kulturforums Östliches Europa. Bavendamm und Bering vertraten die Aussage, dass die



Museen nicht in der Lage seien, alles aus der Erinnerungskultur der Gesellschaft aufzufangen und sie deshalb abwägen müssten, was in der Weitergabe an die Öffentlichkeit am wichtigsten sei. Die kulturellen Verpflichtungen der einzelnen Länder würden unterschiedlich intensiv wahrgenommen werden. Roth sprach von verschiedenen Zielgruppen der Kulturförderung in Deutschland, die nicht nur in den Nachfahren der Vertriebenen liegen würden; Projekte wie beispielsweise Wanderausstellungen wären eine Chance für die Förderung. Positiv seien die Kulturprojekte in den osteuropäischen Ländern wie Polen, die trotz der schwierigen politischen Lage durch die regionalen und lokalen Partnerschaften unbeeinträchtigt weitergeführt werden könnten.



Von links: Dr. Harald Roth, Maria Bering, Moritz Gathmann, Dr. Gundula Bavendamm, Dr. Ernst Gierlich

Alle Podiumsgäste waren sich einig in dem Potential der Digitalisierung: Bering sprach von hohen Förderungsbeiträgen in Digitalisierungsprojekte, unter anderem 2 Millionen Euro für ein Projekt am Herder-Institut, an dem alle Projekte auf einer Plattform online zugänglich gemacht werden sollen. Laut Bavendamm sei die „Enkel-Generation“ bewusster im Umgang ihrer Nachfahren, als die unmittelbar nachfolgende „Kinder-Generation“. Da die Enkel nicht unmittelbar mit dem Schicksal ihrer Großeltern konfrontiert seien, seien sie in der Lage, die Erfahrungen der früheren Generationen mit einer inneren Freiheit zu

betrachten und sich mit neu eröffneten Spielräumen dem Thema zuzuwenden. Auch Bering beschrieb das „Phänomen der Unvoreingenommenheit“, das durch die offenen Grenzen mehr Kommunikation und einen engeren interkulturellen Austausch ermögliche. Da die Traumata der Vergangenheit weitgehend überwunden seien, stelle auch die nachwachsende Generation der östlichen Nachbarländer Fragen, die mithilfe der neuen Medien ausreichend und nachvollziehbar beantwortet werden müssten.

Der letzte Themenblock „Das Bundesvertriebenengesetz als Modell für die Regelung von Vertreibungsfolgen“ wurde mit dem Impulsvortrag „Die Vertreibungen in den Balkankriegen der 1990er Jahre und die Lehren daraus“ von **Gerald Knaus**, Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative, eingeleitet.



*Gerald Knaus bei seinem Impulsvortrag*

Der Balkan sei in der Vergangenheit von Kriegen und Vertreibungen geplagt gewesen; Knaus sprach von einem „Jahrhundert der Vertreibungen“ und ging auf die Balkankriege 1912/1913 und 1991 bis 2001 ein. Als Schauplätze der Vertreibung und massiver Gewalt nannte Knaus unter anderem Mostar und Srebrenica, zwei Städte in Bosnien und Herzegowina. Die Kriege hätten zu Millionen Vertriebenen und rund 100.000 Todesopfern

geführt. Peter Galbraith, ehemaliger Diplomat der USA, traf 1993 eine Vorhersage zu einem „immerwährenden Krieg“ und stellte den Vergleich „Der Balkan ist wie der Libanon.“ 1999 seien in Kosovo eine Million Menschen vertrieben worden, doch am Ende des Krieges seien zwei Drittel der Serben geblieben. In Bosnien und Herzegowina hätte es zwar keinen Wechsel des Regimes nach dem Krieg gegeben, jedoch wurde 1996 das Versprechen geleistet, dass jeder Vertriebene ein Recht auf Rückkehr und Restitution hätte. Seit 2002 hätten sich US-amerikanische Truppe und die NATO aus Bosnien und Herzegowina zurückgezogen. Zwischen 1998 und 2002 seien 220.000 Restitutionsanträge bearbeitet worden; damit seien eine Million Geflüchtete in kompletter Bewegungsfreiheit zurückgekehrt. Der Schlüssel zur Transformation sei in jedem Friedensvertrag verankert: dies sei das Recht auf Rückkehr. Knaus schloss seinen Impulsvortrag mit den Worten, dass eine Versöhnung auf dem Balkan möglich sei, Menschenrechte dafür jedoch das Fundament und die Voraussetzung stellen würden.



Von links: Jan Diedrichsen, Moritz Gathmann, Dr. Thomas Herzog, Gerald Knaus

Anschließend diskutierten mit **Knaus** **Jan Diedrichsen**, Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, und **Dr. Thomas Herzog**, Vizepräsident des

Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie ehemaliger Leiter der für das BVFG zuständigen Unterabteilung im Bundesministerium des Innern.

Das BVFG gebe Aufschluss über eine bestimmte politische Situation. Erst 1992 wurde der Begriff der „Aussiedler“ eingeführt; es hätte damals laut Herzog keine Möglichkeit gegeben, international durchzusetzen, dass die Vertriebenen nach Deutschland zurückkommen können. Ein anderer Weg als das BVFG wäre nicht gangbar gewesen, das Gesetz sei heute ganz anders als noch 1953. Die Regelungen, die heute keine Rolle mehr spielen würden, seien aus dem BVFG entfernt worden. Der Kernbestand sei, dass das Gesetz sich neutral zu der Frage verhalte, ob ein Aussiedler nach Deutschland kommen solle oder nicht. Die Hilfen seien nicht darauf ausgelegt, die Deutschen zu bewegen, nach Deutschland zu kommen, diese könnten ihre Kultur in ihrer ausgewählten Heimat leben.

Diedrichsen äußerte sich zur Fragestellung aus Knaus' Vortrag kritisch: die politische Entwicklung im Balkan sei nicht sehr positiv, sondern eher gefährlich. In Bosnien-Herzegowina würden sich die Fronten verhärten, deshalb wäre eine politische Sensibilisierung gefragt, da Situationen schnell eskalieren könnten. Laut Knaus sei sich Deutschland seiner Rolle als Schlüsselakteur nach dem Bosnien-Krieg nicht bewusst. Im Vergleich zu den baltischen Staaten hätte Bosnien ein Drittel weniger Kriminalität, da die Probleme an ihren Wurzeln gepackt worden seien und die Rückkehr der Minderheiten ermöglicht worden wäre. Vor Ort gebe es seit über zwanzig Jahren Frieden und seit zehn Jahren kaum interethnische Gewalt, deshalb sollte die EU aktiv werden und mit Bosnien-Herzegowina über einen EU-Beitritt verhandeln.

Auch Diedrichsen fände Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehr sinnvoll, warnte aber auch davor, die gesamte Situation als positiv darzustellen. Die Minderheitengesetze würden nicht viel bringen, wenn sie nicht richtig umgesetzt werden würden. Knaus wies auf die Gefahr der Instrumentalisierung des Balkan hin, da die Sichtweise unter den europäischen Politikern noch weitgehend eingeschränkt sei und Vertreibung als politisches Mittel genutzt werden würde.



*Dr. Andreas H. Apelt verabschiedet die Tagungsgäste und dankt den Förderern der Tagung.*

Zum Abschluss bedankte sich Dr. Andreas Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V., bei allen Anwesenden und Mitwirkenden, die die Veranstaltung unterstützt und möglich gemacht haben und äußerte seine Bereitschaft für die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen in der Zukunft.